

16 JAHRE CHRISTOPH EYMANN IM ED

EINE AUSFÜHRLICHE CHRONOLOGIE DER WICHTIGSTEN MEILENSTEINE DER AERA EYMANN

Von Hans-Georg Signer, langjähriger Leiter des Bereichs Bildung im ED

Die Chronologie zeigt eine Auswahl an Entscheiden, die Regierungsrat Christoph Eymann fällt oder an deren Zustandekommen er massgeblich beteiligt war. Mit Blick auf die Leserschaft des Schulblattes konzentriert sich die Liste auf die wichtigsten Weichenstellungen in der Schulpolitik und Veränderungen in der Organisation des Erziehungsdepartements.

Eine Chronologie kann höchstens den historischen Umständen gerecht werden, den Menschen aber nie. So bildet auch diese Chronologie das wirklich wichtige Geschehen im Erziehungsdepartement nicht ab – weder das, was Tag für Tag in Unterrichtszimmern, Büros, Sitzungszimmern, Werkstätten, Küchen, Bibliotheken und auf Sportanlagen geleistet wird, noch das, was die Amtszeit von Regierungsrat Christoph Eymann prägte: sein tägliches Einstehen für die Menschen und Aufgaben dieses Departements.

Christoph Eymann tritt am 7. Februar 2001 sein Amt als Vorsteher des Erziehungsdepartements ED an.

Die Volksinitiative «Kleinere Schulklassen» wird an der Urne abgelehnt.

Zur Verbesserung der Schulqualität erhöht der Regierungsrat das Budget des ED um 20 Mio. Franken. An allen allgemeinbildenden Schulen wird das Unterrichtslektionendach als Steuerungsinstrument für die Zuteilung der finanziellen Mittel eingeführt.

An allen Standorten der Orientierungsschule OS sind Förderzentren eingerichtet.

Das Aktionsprogramm Weiterbildungsschule WBS wird gestartet mit dem Ziel, die Attraktivität dieser Schule für Leistungsstarke zu steigern, den Fachunterricht Deutsch und Mathematik sowie die Laufbahnvorbereitung zu verbessern.

Am Gymnasium Bäumlhof startet die erste Sportklasse.

Das ED zieht vom Münsterplatz an die Leimenstrasse 1.

Die Studie von Eberhard Ulich wird publiziert; sie zeigt, dass ein Drittel der Basler Lehrerschaft stark belastet ist. Die Beratungsstelle für Lehrpersonen – die erste Massnahme des Programms hot (= help our teachers) – nimmt ihre Arbeit auf.

Das Projekt Krisenintervention im Kindergarten (KIK) startet.

An der Primarschule Christoph Merian wird die erste Integrationsklasse geführt: Vier Kinder mit einer geistigen Behinderung besuchen eine Regelklasse.

Die Fünftagewoche wird auch an der OS und WBS eingeführt, die Blockzeiten gelten auch an der OS und die ersten privat geführten, subventionierten Mittagstische bieten sich an.

An den Gymnasien werden die ersten Maturitätsprüfungen nach dem neuen Maturitätsanerkennungsreglement durchgeführt.

Die zweijährige berufliche Grundausbildung mit Berufsatest wird eingeführt.

Die Allgemeine Berufsschule (AGS) und die Schule für Gestaltung (SfG) werden getrennt.

Das «Leitbild Erwachsene Behinderte» wird erlassen.

Der Grosse Rat verabschiedet das Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern.

Ein kantonales Gesamtsprachenkonzept (GSK) schlägt die Pflege der Standardsprache bereits im Kindergarten, die Förderung der Herkunftssprachen und die Vorverlegung des Französisch- und Englischbeginns auf das 3. bzw. 5. Primarschuljahr vor.

Die Verordnung über die Pflichtstundenzahl und die Stundenzuteilung der Lehrpersonen, die unter anderem das Problem der schwankenden Pensen regelt, wird erlassen.

Das ED erlässt ein Sicherheitskonzept für die Schulen.

Die Finanzsteuerung der Schulen wird ausgebaut: Das Lektionendach wird mit dem Entlastungslektionendach ergänzt, mit dem die Schulleitungen die schulischen Alltags- und Entwicklungsarbeiten finanzieren können. An der Primarschule und an der Schule für Brückenanangebote werden neu Schulhausleitungen, an den Kindergärten Quartierleitungen eingeführt.

Mit Blick auf die Strukturänderung an der WBS wird die Lernbeurteilungsverordnung der OS revidiert. Die Elternsprache wird eingeschränkt.

Am ULEF (heute PZ, BS) startet der erste Kurs Schulleitungs Ausbildung.

Die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel HPSA BB wird eröffnet.

Die sechs Kantone entlang der deutsch-französischen Sprachgrenze beschliessen, an Französisch als erste Fremdsprache festzuhalten und die geplante Vorverlegung gemeinsam vorzubereiten.

Eine Schuliniziativa, welche die Verkürzung der OS auf zwei Jahre und die Einführung von Leistungsstufen an der OS verlangt, wird in einer Volksabstimmung abgelehnt.

Der Regierungsrat beschliesst ein Sparpaket, von dem auch die Bildung betroffen ist.

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung wird vom Wirtschafts- und Sozialdepartement ins Erziehungsdepartement überführt.

Der Grosse Rat beschliesst: Der Besuch des Kindergartens wird obligatorisch, die Einschulung flexibler.

An der WBS werden zwei Leistungszüge eingeführt.

Die Sonderausstellung Tutanchamun zieht 650'000 Besucherinnen und Besucher an.

Die vier Trägerkantone BS, BL, AG und SO heissen den Staatsvertrag für die Errichtung der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW gut, der auf 2006 in Kraft gesetzt wird.

Die Regierungen BS und BL einigen sich auf eine gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel, die ab 2007 Gültigkeit hat.

Die ETH gründet ihr Institut für Systembiologie in Basel, an dem sich die beiden Kantone BS und BL beteiligen.

Die Kantone BS und BL teilen sich die Ausbildungen im Bereich der nichtakademischen Gesundheitsberufe auf. BS werden die Ausbildungen auf Tertiärstufe zugeteilt, BL jene auf der Sekundarstufe II.

Die Berufsschulen im Gesundheitswesen werden vom Gesundheits- ins Erziehungsdepartement überführt.

Ein Leitbild für die Basler Schulen wird verabschiedet.

Ein Rahmenkonzept Qualitätsmanagement legt Instrumente fest, mit denen die Schulqualität gesichert und entwickelt werden soll.

Betreute Tagesferien während den Sommerferien werden eingeführt.

Ein Task Force für die Schaffung von 400 neuen Attestlehrstellen wird gebildet.

Der Passerellenlehrgang, der Absolventinnen und Absolventen der Berufsmaturität auf die Universität vorbereitet, wird eingeführt.

Basel-Stadt stimmt dem neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung, der die Grundlage für die Harmonisierung der Volksschulen schafft, mit 92% zu.

Der Grosse Rat heisst den Beitritt zum Schulkonkordat der Kantone an der Sprachgrenze über den Fremdsprachenunterricht gut.

Die Projektorganisation Bildungsraum Nordwestschweiz nimmt ihre Tätigkeit auf.

Der Entwicklungsplan für die Volksschulen wird publiziert. Er schlägt eine sechsjährige Primar- und eine dreijährige Sekundarschule vor. Kinder mit Behinderungen sollen besser integriert werden. Gemäss GSK wird Standarddeutsch als Unterrichtssprache ab der 1. Primarklasse eingeführt.

Gemäss GSK wird Englisch in der 3. Klasse der OS obligatorisch.

Das Primarschulhaus Hinter Gärten in Riehen wird eingeweiht.

Die ersten Education-Projekte gelangen zur Aufführung.

Kanton und Gemeinden teilen sich in die Verantwortung für die Primarschule. In einer Referendumsabstimmung wird die Kommunalisierung der Primarschule gutgeheissen. Sie wird 2009 wirksam.

Der Grosse Rat erlässt ein Kantonales Berufsbildungsgesetz, das der Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes dient. In den folgenden Jahren werden an den vier Berufsschulen für sämtliche Berufe neue Berufsbildungsverordnungen umgesetzt.

Der Auftrag und die Arbeitszeit der Lehrpersonen wird neu geregelt.

Die Handreichung zum Umgang der Schulen mit religiösen Fragen wird erlassen.

Für die ganze Volksschule werden gemäss GSK Sprachprofile eingeführt, welche die Sprachförderung in allen Fächern unterstützen soll.

An den Volksschulen werden vier Pilotprojekte «Schule mit Tagesstrukturen» gestartet.

Der geplante Pilotversuch zur Grundstufe wird nicht durchgeführt.

Das Bildungszentrum Gesundheit bezieht im Spengler-Gebäude in Münchenstein neue Unterrichtsräume.

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sind neu die Kantone für die Sonderschulung und Behindertenhilfe zuständig. BS und BL erarbeiten die Gestaltung der Übergangsjahre gemeinsam und stimmen sie auf das neue Sonderpädagogik-Konkordat ab.

An der WBS wird die Fachstelle Laufbahnvorbereitung aufgebaut.

Die FMS stellt die ersten Fachmaturitätsausweise aus.

Die Fachstelle Case Management GAP wird aufgebaut. Sie unterstützt junge Erwachsene beim Einstieg in Ausbildung und Beruf.

Die Hochschuleil der Musik-Akademie der Stadt Basel (Konservatorium, Alte Musik und Jazz) wird in die FHNW eingegliedert.

Die Regierungen BS und BL legen für die Universität Basel im Zusammenwirken mit der ETH Zürich eine Raumstrategie für die Universität Basel fest mit den Campusarealen Petersplatz, Schällemätteli und Kleinbasel.

Basel ist host city der EURO 08.

Die vom Volk in einer Referendumsabstimmung im Jahre 2007 angenommene Leitungsreform an den Volksschulen wird schrittweise umgesetzt. An die Stelle der Schulhausleitungen treten Schulleitungen mit erweiterten Aufgaben und Kompetenzen, die Rektorate werden durch die Volksschulleitung ersetzt. Die gesetzlichen Grundlagen der Schulbehörden werden revidiert, die Inspektionen durch Schulräte und Schulkommissionen ersetzt und die Elternräte an der ganzen Volksschule einheitlich geregelt.

Der Grosse Rat schafft die rechtlichen Grundlagen für das Projekt Frühe Deutschförderung, das ab 2013 für Kinder ab drei Jahren realisiert wird.

Die neuen gesetzlichen Grundlagen über die Elternrechte und -pflichten treten in Kraft.

Die neue Kantonsverfassung zieht eine Reorganisation der gesamten Verwaltung nach sich. Die Abteilung Kultur wird dem Präsidialdepartement zugeordnet. Das ED gliedert sich neu in die Bereiche Generalsekretariat – Bildung – Hochschulen – Jugend, Familie und Sport – Zentrale Dienste.

Das Rahmenkonzept Förderung und Schuler in den Volksschulen wird erlassen.

Bereits 20% der SchülerInnen und Schüler von Kindergarten bis OS nutzen subventionierte familienexterne Betreuungsangebote. Der Regierungsrat stellt die Mittel für einen weiteren Ausbau bereit.

Die Schulsozialarbeit wechselt vom Justizdepartement ins ED.

Im Rahmen des Bildungsraums Nordwestschweiz werden neu auch die Entwicklungen der Mittelschulen und Berufsbildung koordiniert.

Die gesetzlichen Grundlagen für Schulen der Sekundarstufe II werden aktualisiert, die Zuständigkeiten und Strukturen geklärt, das Zentrum für Brückenanangebote und die Schule für Gestaltung gesetzlich verankert.

Die Promotionsbestimmungen der Mittelschulen werden revidiert; die Zusammenarbeit der Gymnasien mit der Universität wird verstärkt.

Das neu geschaffene Zentrum für Lehrpersonen, später umbenannt in Pädagogisches Zentrum PZ, BS, fasst alle unterrichtsbezogenen Dienstleistungen für die Lehrpersonen zusammen.

Der Grosse Rat beschliesst den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und passt das Schulgesetz entsprechend an. Die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Umsetzung sind bereits festgelegt.

Der Allokationsplan für den gesamten Schulraum wird erstellt.

Das Sicherheitskonzept für die Schulen wird überarbeitet, die Schulhauswarte und Schulleitungen werden geschult.

Die 30. Schule tritt dem Netzwerk Gesundheitsförderung bei.

Am Gymnasium Bäumlhof startet eine 1. Klasse nach dem Modell GBplus.

Das Triageverfahren, das den Übergang von der Schule in die berufliche Grundbildung regelt und koordiniert, wird überarbeitet.

Für die Berufsfachschule wird eine kantonale Berufsmaturitätsverordnung erlassen.

Verschiedene Projekte zur Förderung der Berufsbildung und namentlich der Berufsmaturität werden lanciert.

Die Überführung der Gesundheitsberufe in die Bildungssystematik der Berufsbildung ist abgeschlossen.

In Basel und Liestal wird der 550. Geburtstag der Universität Basel gefeiert.

Die Volksinitiative «Tagesschulen für mehr Chancengerechtigkeit» wird an der Urne abgelehnt. Im Gegenzug werden die Tagesstrukturen ausgebaut.

Eine Volksinitiative «Ja zum Dialekt» unterliegt in der gleichwertigen vom Dialekt und Standard-sprache festlegt.

Der Grosse Rat verabschiedet ein neues Sportgesetz.

Der Grosse Rat genehmigt verschiedene Bauvorhaben zum Ausbau der Tagesstrukturen und Umsetzung der Schulharmonisierung. Das gesamte Investitionsvolumen bis 2021, das auch Sanierungen und Neubauten aufgrund der Bevölkerungs- und Quartierentwicklung umfasst, beträgt in rund 60 Bauvorhaben 790 Mio. Franken.

Das ED publiziert den ersten Bildungsbericht.

Ab 2011 wird die Sonderpädagogik in die Regelschule integriert, die Kleinklassen und Einführungs-klassen werden schrittweise aufgelöst. Alle Standorte der Regelschule bauen ihre Förderangebote auf.

Der Französischunterricht setzt zum ersten Mal in den 3. Klassen der Primarschulen ein.

Das Angebot an schulischen Tagesstrukturen umfasst 1500 Plätze.

Im Bereich der Gymnasien und Berufsfachschulen werden bikantonale Schulleitungskonferenzen eingerichtet.

Am Zentrum für Brückenanangebote starten die ersten Klassen des reformierten Angebots Basis und des Angebots Praxis plus.

Die Maturitätskurse für Berufstätige und die Passerelle-Kurse werden ins Gymnasium Kirschgarten integriert.

Das Gymnasium am Münsterplatz wird als International Baccalaureate World School akkreditiert.

Die Wirtschaftsmittelschule löst die Berufsmittelschule ab und führt zu einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis mit integrierter Berufsmaturität: kaufmännischer Richtung. Die Handelskammer beider Basel übernimmt das Management der Praktika.

An der Berufsfachschule schliesst der erste Jahrgang mit dem Zertifikat «Fachfrau frühe Sprachförderung Deutsch» ab.

Am Bildungszentrum Gesundheit werden die ersten Diplome im Studiengang Physiotherapie FH abgegeben, der gemeinsam mit der Fachhochschule Bern angeboten wird.

Der Regierungsrat genehmigt die Schulraumstandards für alle Schulstufen und Schularten. An allen Schulstandorten wird die Raumnaufteilung festgelegt.

Die Laufbahnverordnung, welche die Beurteilungs- und Übertrittsfragen für alle Schulen regelt, wird erlassen.

Die bikantonalen Studententafeln für die Volksschulen und Gymnasien werden verabschiedet.

Der erste Bildungsbericht Nordwestschweiz wird publiziert.

Die Volksschulen werden in fünf Schulkreisen organisiert.

Der etappenweise Aufbau der Schulsozialarbeit an der Primarschule wird beschlossen.

Die Logopädie und Psychomotorik werden in die Volksschulen integriert.

Der Übertritt von der Volksschule in die weiterführende Schulen und in die Berufsbildung wird bikantonal einheitlich geregelt.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Schulzeit bis zur Maturität wird für die Gymnasien eine Übergangslösung erlassen.

BS und BL lancieren gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden die Image-Kampagne «Berufslehre plus Berufsmaturität».

Beim Gewerbeverband wird eine Lehrstellenvermittlung eingerichtet.

Das «K'WERK Bildschule bis 16» wird in die Schule für Gestaltung integriert.

Christoph Eymann wird Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK.

Der Grosse Rat heisst in einer Revision des Schulgesetzes die Trennung der staatlichen von der freiwilligen Schulsynode und die Umbenennung der Staatlichen Schulsynode SSS in «Kantonale Schulkonferenz» gut und schafft die Voraussetzungen zur Integration der musikalischen Grundkurse in die Volksschule.

Die ersten Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen besuchen die obligatorischen Angebote Frühförderung Deutsch vor dem Kindergarten.

Auf der Primarstufe wird ein Sportcheck eingeführt.

In den vier Bildungsraumkantonen wird der erste Mal in der 3. Primarklasse der Check P3 durchgeführt.

In der 5. Klasse der Primarschule wird zum ersten Mal das Fach Englisch unterrichtet.

Aufgrund des neuen kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes wird das AKJS zum Kinder- und Jugenddienst KJD.

Mit dem heissen den Ratschlag zur Festsetzung eines neuen Benaugungsplans für das entstehende Hochschulareal auf dem Schällemätteli gut.

Das Rechnungswesen wird auf das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 der Finanzdirektorenkonferenz umgestellt.

Der Grosse Rat erlässt neue Bestimmungen für die Anstellungsverfahren und Fachkonferenzen im Schulbereich sowie für das Privatschulwesen. Er verankert die Schulpsychologie, die Schulsozialarbeit, die Weiterbildung und Krisenintervention im Schulgesetz.

Die Organisation des ED wird überarbeitet. Es gliedert sich neu in die Bereiche Generalsekretariat, Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung, Hochschulen, Jugend, Familie und Sport, Zentrale Dienste, St. Jakobshalle sowie Kommunikation.

Das Projekt «Systempflege», die Neubewertung der staatlichen Funktionen, wird umgesetzt.

Der Erziehungsrat erlässt die Basler Fassung des Lehrplans 21.

Am Zentrum für Brückenanangebote werden neue Leitungsstrukturen eingeführt.

An den Gymnasien werden harmonisierte Maturitätsprüfungen etabliert und wird das gemeinsame Prüfen eingeführt.

Am Gymnasium Leonhard werden die ersten Klassen nach dem neuen Modell LeO2 unterrichtet.

Der Grosse Rat beschliesst den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen HFSV.

Der Grosse Rat erlässt ein neues Kinder- und Jugendgesetz.

Der Grosse Rat und der Landrat bewilligen den Neubau für das Departement Biomedizin, das auf dem Life Science Campus neben dem Neubau für das Biozentrum zu stehen kommt.

Der Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst HGK FHNW auf dem Dreispitz in Basel/Münchenstein wird bezogen.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wählen Christoph Eymann in den Nationalrat.

Das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz des Bundes tritt in Kraft.

Die Trägerverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Finanzierung der Universität, die Reform ihrer Pensionskasse, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Universität und ETH sowie die gemeinsame Trägerschaft des Schweizerischen Tropischen- und Public Health Instituts Swiss TPH verlaufen erfolgreich.

Mit Ausnahme des Standorts Sevelog verfügen alle Primar- und Sekundarschulstandorte über Tagesstrukturen.

Am Programm Schulentwicklungsprojekte der Volksschulen beteiligen sich 15 Schulen. Darunter befindet sich das Projekt «Bildungslandschaften», das von der Jacobs-Stiftung mitfinanziert wird.

Die neue Sekundarschule nimmt den ersten Jahrgang auf.

Die Sanierung, Modernisierung und Erweiterung der St. Jakobshalle beginnt.

Aufgrund der schwierigen finanziellen Ausgangslage des Kantons Basel-Landschaft werden bereits Verhandlungen über die Leistungsperiode 2018 ff. für die Universität aufgenommen. Dem Regierungsrat und dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gelingt mit dem «Partnerschaftsratschlag», die Verhandlungen in Gang zu bringen.

Mit einer Zustimmung von 64% zur gemeinsamen Finanzierung der Pensionskasse der Universität bekennt sich die Baselpolizei Stimmbevölkerung zur gemeinsamen Trägerschaft.

Der Vertrag über die gemeinsame Trägerschaft des Swiss/Tropical und Public Health Instituts (Swiss TPH) mit Gültigkeit ab 1. Januar 2017 tritt in Kraft.

Der Nationalrat erhöht das Budget für Bildung, Forschung und Innovation um 395 Mio. Franken.

Die kantonale Maturitätskommission wird aufgehoben und deren Aufgaben dem Bereich Mittelschulen und Berufsbildung übertragen.

Die Gebäude der Primarschulen Riehen werden ins Eigentum der Gemeinde übertragen.

Das neue Primarschulhaus Schoren wird bezogen.

Die neue Sekundarschule Sandgruben wird eingeweiht.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesgesetzes über die Weiterbildung wird der Auftrag der Fachstelle Erwachsenenbildung ausgeweitet: Sie wird Ansprechpartnerin für die nicht-formale Weiterbildung und die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener.

Der Kanton übernimmt die Eishalle St. Jakob-Arena.

Regierungsrat Christoph Eymann beendet am 7. Februar 2017 seine Amtszeit als Vorsteher des Erziehungsdepartements.